IMT Nuremberg Archives

H – 3293

International Court of Justice

H3293 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number 2248-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-406 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3293 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 2248-PS No. USA - 906 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 6 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

227-PS

H3293 – 0004

Dienstreise des Herrn Reichsministers Dr. SEYSS - INQUART in die Distrikte Warschau, Lublin und Radom vom 17. bis 22. November 1939.

Teilnehmer: 1. Reichsminister Dr. SEYSS - INQUART
2. Dr. SILD
3. Dr. RAHN, Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft im Amt des Generalgouverneurs
4. LGR.Dr. GOETZE, Abteilung für Wirtschaft.

17.11.7 Uhr O Abfahrt von der Burg Krakau im Kraftwagen. Ueber Mislowitz, Sosnowitz, Czestochau, Radomsko, Petrikau, Lodz Tomaszow, Rawa nach Warschau. Ankunft 13 Uhr. Begrüssung durch Gouverneur Dr.Fischer und die Herren seines Stabes. Anschliessend Mittagessen im Kleinen Kreise.

15 Uhr hält Reichsminister Dr.SEYSS - INQUART eine Ansprache an die Abteilungsleiter beim Distriktschef bei der er unter anderm ausführte, dass Oberste Richtschnur bei der Durchführung der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement lediglich das Interesse des Deutschen Reiches sein müsse. Es müsse eine harte und einwandfreie Verwaltung das Gebiet der deutschen Wirtschaft nutzbar machen um sich vor uebergrosser Milde zu bewahren, müsse man sich die Folgen des Hereinbruches des Polentums in den deutschen Raum vergegenwärtigen.

Anschliessend fanden Besprechungen des Reichsministers mit Gouverneur Dr.Fischer und Amtschef Dr.Barth über Fragen der Verwaltung und Wirtschaft statt, zu denen später die Sachreferenten und Abteilungsleiter zum Vortrag erschienen.

Dr.Fischer legte dem Reichsminister neben anderen Verzeichnissen das in der Anlage beigefügte Verzeichnis des vorläufigen Aufbaus der Abteilungen im Amt des Distriktschef und der Behörden in Warschau vor.

A 095452

Eingetragen in das Dokumentenverzeichnis unter Hdo Nr.: 4-238

Dr.Fischer berichtete, dass namentlich der Personalbestand noch wesentlich zu gering sei. Auch fehlten von 14 Landräten noch 3. Von den Abteilungen im Amt des Distriktes seien nur einige voll besetzt; so die Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda und die Abteilung Arbeit. An wichtigen Sachbearbeitern fehlen solche für Zölle und Monopole und im Gesundheitswesen sei ein Medizinalrat zugleich Leiter der Gesundheitsabteilung und Distriktsarzt. Die Unterbringung der Behörden liesse auch noch viel zu wünschen übrig.

Reichsminister S.I. teilte dann mit, dass ein erheblicher Betrag für produktive Arbeitslosen-Unterstützung zur Verfügung gestellt worden sei. Diesen Betrag könne man zur Errichtung oder Instandsetzung von für die Verwaltung benötigten Gebäuden verwenden.

Gouverneur Dr.F. berichtete, dass auch für die Verwaltung der Stadt Warschau weitere deutsche Verwaltungs- und Kommunalbeamte benötigt würden. Sodann wurde der Aufbau der Distriktbehörde, die Besetzung der Landkreise und die Frage der Zuweisung der restlichen 5 Gemeinden des Kreises Grojec aus dem Distrikt Radom und aus dem Distrikt Lublin von weiterm 5 Gemeinden des Kreises Garwolin an den Distrikt Warschau, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen besprochen. Reichsminister S.I. sagte Prüfung dieser Angelegenheit zu. Sodann wurden allgemeine Fragen der Einteilung und personellen Besetzung der Kreise besprochen. Reichsminister S.I. stimmte zu, dass der beste Aufbau einer Kreishauptmannschaft der sei, wenn dem Kreishauptmann der nicht Jurist sei, ein juristisch geschulter Vertreter beigegeben würde. Dr. Fischer berichtete, dass die deutsche Verwaltung hier bisher im wesentlichen als Aufsichtsbehörde über die polnische Verwaltung eingerichtet sei. Es wurden daran Fragen geknüpft, mit welchen Sachgebieten sich die Tätigkeit der

095454

H3293 - 0005

H3293 - 0006

Kreishauptmannes befassen solle. Es erübrige sich etwa baupolizeiliche Regelungen zu treffen, denn wenn die Unterbringung schlecht sei, so treffe das lediglich die Polen selbst. Weiter wurde die Frage der Verwendung polnischer Angestellter bei den deutschen Verwaltungsinstanzen berührt. Etwa beim Kreishauptmann Warschau seien 300 polnische Angestellte beschäftigt. Die Verwaltung durch deutsche Behörden müsse namentlich der Nutzbarmachung des Gouvernementgebietes für die deutsche Wirtschaft dienen, so müsse namentlich die Verwaltung von Landwirtschaft, Arbeit und Strassenwesen in Ordnung sein. Gewerbe, Siedelung oder auch etwa die Rechnungsführung der polnischen Gemeinden interessiere dagegen weniger.

Dr.Fischer berührte sodann die Preisfrage. Es sollten Preiskommissare aus dem Reich kommen, die das Preisniveau dem des Reiches anpassen sollten. Dann müsse man aber auch die Löhne diesem Niveau anpassen, was unabsehbare Folgen haben könne. Reichsminister S.I. teilte im Gegensatz dazu mit, dass Generaloberst v.Brauchitsch für Textilwaren, Heeresaufträge in Lodz und entsprechenden Industriezentren billig unterbringen wolle. Dr. F. meinte die höheren Preise haben auch insofern ihr gutes gehabt, als etwa Warschau nur durch höhere Preise, die den Bauern einen Anreiz boten ihre Waren hereinzubringen zu ernähren gewesen sei. Hierauf schnitt Reichsminister S.I. die Frage an, wie man auf das Preis- und Warenverteilungssystem durch die Errrichtung von Monopolen für wichtige Waren wie Salz, Zucker, Kohle, Benzin und Tabak bestimmenden Einfluss nehmen könne. Habe man diese Waren in der Hand und könne sie dem Bauern zu einem bestimmten Preis zur Verfügung stellen, so werde er auch bereit sein seine Produkte zu einem entsprechenden Preis zu verkaufen, um die für ihn nötigen Waren zu erwerben.

095455

H3293 – 0007

Im übrigen könne es sich vorerst nicht darum handeln, den Polen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, sondern lediglich darum ihnen das Existensminimum zu sichern. Allerdings könne davon bei der Entlöhnung eines Pflichtarbeiters mit 9 Zloty in der Woche noch nicht gesprochen werden.

Hierauf nahm Reichsminister Dr.S.I. den Vortrag des Stadtpräsidenten von Warschau Dr. Dengel entgegen. Dieser bezeichnete als dringenstes das Arbeitslosenproblem. Bis jetzt seien Steuern in Höhe von 150.000 Reichsmark aufgekommen, dies genüge aber bei weitem nicht einmal zur Wiederherstellung der dringendst benötigten öffentlichen Gebäude. Es werde gerade der städtische Haushalt vorbereitet, aber schon jetzt erweise es sich als notwendig von der Reichskreditkasse eine Anleihe in Höhe von 50.000.000,- Zloty aufzunehmen. Als Sicherung sei genügend städtisches Vermögen über das gerade eine Aufstellung angefertigt werde vorhanden. Später werde für die ordnungsgemässe Bedienung der Anleihe wohl das Steueraufkommen wieder ausreichen. Bezüglich des Steuersystem berichtete der Stadtpräsident, dass die Städte wie etwa im alten Oesterreich Anteile und Zuschläge zu den Landessteuern / Ueberweisungen/ erhielten. Besonders schwierig sei die Verwaltung der Besitzsteuern, da sich bei dem Durcheinander kein Status von Personen oder Sachen feststellen lasse.

Auf Frage des Reichsminister Dr.S.I. berichtete der Stadtpräsident in Warschau seien, teils erst nach Ausbesserung, etwa 40 % der Häuser wieder bewohnbar. Dr.F. meinte, man werde ein Viertel der zerstörten Stadt zur Besichtigung stehen lassen, im übrigen aber Grünflächen an Stelle der Trümmer anlegen. Der Stadtpräsident erwähnte dann die Frage der polnischen Stadtbeamten. Sie würden bis jetzt ihre früheren Besorgungen bis zur Höhe von 250 Zloty

095456

H3293 - 0008

und von höheren Gehältern, die Hälfte des Ueberschusses bis zu 1200 Zloty im Monat erhalten. Dr.F. verwies auf die Verordnung des Generalgouverneurs , wonach 100 % der Grundgehälter und nicht über 1000 Zloty gezahlt werden dürfe. Sodann wurde die Arbeit der Banken erwähnt, die Bestände an Gold, Edelmetallen und Devisen seien von Innen an die Reichsbank abgeliefert worden. Die Einwohner seien verpflichtet ihr gesamtes Geld bei den Banken abzuliefern und Abhebeungen seien von der Genehmigung des Stadtpräsidenten bahängig. Dr.F. teilte mit, dass das Bankwesen nunmehr der Abteilung für Wirtschaft beim Distriktchef angegliedert würde.

Nun berichtete derStadtpräsident über Fürsorgefragen. Besondere Schwierigkeiten haben sich aus dem plötzlichen Abrücken des Hilfszuges Bayern auf höheren Befehl hin, ergeben. Vielfach könnten Arbeiter, die sich nichts zum Essen kaufen können, ihre Arbeit nicht fortführen. Die Fürsorge der NSV beschränkte sich jetzt auf die Volksdeutschen, wobei die Frage der Feststellung wer Volksdeutscher, von denen in Warschau jetzt ungefähr 9 - 10.000 leben, ist, gewisse Schwierigkeiten bereite. Juden würden nicht unterstützt, auch nicht aus städtischen Mitteln.

Zur Betreuung der Polen solle die polnische soziale Selbsthilfe wieder wie früher ins Leben gerufen und von den Männern, die sie früher geleitet haben, fortgeführt werden. Dem Leiter sollen Kraftwagen und Lastkraftwagen mit Betriebstoff gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden und der Organisation solle es auch erlaubt sein, freiwillige Gaben im Lande entgegen zu nehmen. Die beschlagnahmten Guthaben bei Banken in Höhe von etwa 9 Millionen Złoty sollen der Organisation zur Verfügung stenen.

Der Stadtpräsident machte dann noch auf die unbedingte Notwendigkeit der beschleunigten Errichtung einer Strafjustizbehörde

H3293 – 0009

aber auch eines Zivilgerichts aufmerksam. Von letzterem hänge ein ordnungsgemässer Vortgang des Wirtschaftsleben ab. Er berichtete dann noch über die Prügelstrafengerichte, die jetzt für die Ahndung von Vergehen der Polen untereinander eingerichtet worden seien.

Dr.F. wies darauf hin, dass vermutlich im Judenviertel noch grosse Schätze verborgen sein könnten.

Reichsminister Dr.S.I. äusserte sich sodann, dass der jetzt durchzuführende Verwaltungsaufbau in Polen eine gute Schule für die daran Beteiligten sei. Die ideale Konstruktion sei die, dass an der Spitze einer Verwaltung ein Mann der Partei mit kräftiger Initiative stünde, dem Fachleute und ein erfahrener Verwaltungsmann zur Seite stünden, damit sich die Arbeit in das Gesamtgebäude einfasse.

Sodann erschien der Leiter der Abteilung Arbeit Oberregierungsrat Dr.Espe zum Vortrag. Er äusserte die Hoffnung, dass es später möglich sein werde, die Pflichtarbeit durch normale Arbeit abzulösen. Ein besonderer Mangel sei der an Werkzeugen. Er habe deshalb eine kleine Fabrik zur Herstellung von Werkzeugen in Gang setzen lassen und nunmehr werde in primitivster Arbeitsweise an dem Flugplatz und an Transportwegen gebaut. Die Transportfrage sei die wichtigste und müsse noch vor den Aufräumungsarbeiten in Angriff genommen werden. Zurzeit werden Bestandaufnahmen der noch irgend wie arbeitsfähigen Betriebe angefertigt und nachdem vom Reich bestimmt worden sei, was fabriziert werden soll, solen sie in Gang gebracht werden. Eventuell solle dann in diesen Fabriken in drei Schichten zum Ausgleich der Zerstörungen gearbeitet werden.

Eine schwierige Frage sei auch die Masse der nun arbeitslosen polnischen Intelligenz. Die Studenten könne man ja noch zur

095453

H3293 – 0010

Handarbeit umschulen. Aber auf die 80 - 90 Tausend polnischen Verwaltungsstellen Beamten müsse man gegebenen Falls beim Aufbau der polnischen zurückgreifen.

Reichminister Dr.S.I.stellte sodann klärend fest, dass eine zweite polnische Verwaltungsinstanz wohl lediglich in der Form eines Hilfsorgans bei der deutschen Behörde in Frage komme.

Oberegierungsrat Dr.Espe bemerkte, dass die Tätigkeit der Krankenkassen und Sozialen Fürsorge stark von dem Funktionären des Eisenbahn- und Postwesens bahängig sei. Beide Fürsorgezweige werden hier von einer Hauptanstalt für Sozialversicherung wahr genommen, die auch schon wieder eine gewissen Beitragseingang zuverzeichnen habe. Auch das Dienstgebäude könnte mit aufwendbaren Mitteln wieder aufgebaut werden. Das Vermögen der Hauptanstalt sei grössten Teils in Form von Wertpapieren nach Russland gebracht worden. Glücklicherweise handle es sich dabei grössten Teils um Hypotheken, die man für ungültig erklären könne.

Oberregierungsrat Dr.Espe erwähnte dann noch, als erschwerend, dass die Löhne durch das Ueberangebot an Arbeit noch unter das frühere Niveau gedrückt wurden.

Reichminister Dr.S.I. fragte ob man die erlassenen Tarife den auch durchdrücken wolle. Schliesslich sollte doch kein polnischer Ordnungsstaat errichtet werden. Oberregierungsrat Dr.Espe meinte aus Gründen des Steuereinganges sei diese Ordnung wünschenswert und man könne doch nicht, die Nichtbeachtung der von uns erlassenen Verordnungen offensichtlich dulden. Reichsminister Dr. S.I. meinte dies sei östlich der Reichsgrenze weiter keine Frage. Man könne ja wenn es sonst opportun sei, einen Fall der Uebertretung zu entsprechenden exemplarischen und auch anderweit nützliche Behandlung herausgreifen.

H3293 - 0011

Nunmehr erschien der Vertreter der Reichsbahn beim Distriktchef Oberbaureichsbahnrat Prasch zum Vortrag. Er führte aus der Verkehr von Westen her sei nun, da die Militärtransporte zu Ende seien in gutem Gange. Auch Züge nach Krakau verkehrten über Kattowitz. Die Zahl der übernommenen Lokomotiven sei einigermassen befriedigend, jedoch sei der Hauptteil nach Russland gekommen, wo sie eventuell wegen der dort bereits stark in Angriff genommenen Abänderung der Spurweite garnicht benötigt würden. Auch nach Lublin könne bereits gefahren werden. In diesen Tagen seien zwei Eisenbahnbrücken in Betrieb. Reichsminister S.I.betonte, dass vor allem die Strecke nach Krakau, die nicht über Kattowitz führt in Ordnung gebracht muss, damit das nötige Benzin und Petroleum aus dem Erdölgebiet nach Warschau gebracht werden kann. Allerdings sei da noch ein erhöhter Bestand an geeigneten Transportwagen notwendig, der aber durch Instandsetzung der vorhandenen Beschädigten Kesselwagen erreicht werden könne.

Nun erschien zum Vortrag der Leiter der Abteilung Gewerbliche Wirtschaft Regierungsrat Dr.von Coelln. Er führte aus, im Distrikt Warschau seien so ziemlich alle Industriezweige vertreten. In den Erdöl-Unternehmungen sei französisches und holländisches Kapital investiert. Dr. von Coelln berichtete sodann, dass im Distrikt Warschau noch erhebliche Rohstoffvorräte in Seifenfabriken lagere. Diese Seifenfabriken sollten wieder in Gang gebracht werden Die hergestellte Seife sei aus einer höheren Fettsäuremenge hergestellt, als die zurzeit im Reich vorgeschrieben sei. Reichsminister Dr.S.I. äusserte, die Verordnung des Generalgouverneur, wonach die Fabriken ein Drittel ihrer Vorkriegsproduktion herstellen dürfen, müsse abgeändert werden und die Seife sei zu beschlagnahmen. Ferner wurde besprochen, dass wehrwirtschaftliche Betriebe, Waggonfabriken chemischer und optischer Industrie u.s. beschleunigt in

095467

H3293 – 0012

Gang gebracht werden. Dr.von Coelln warf dann auch die Frage auf, wie die Ein- und Ausfuhr sich zwischen Reich und Gouvernement gestalten solle, wenn auch das Kohlengebiet mit Sosnowic, Dabrowa und Trzebinia deutsch wird und nach dem 20. die Devisen und Zollkontrolle durchgeführt werden. Er berichtet dann, dass di Elektrizitätswerke in Warschau in Ordnung seien. In Warschau gebe es trotz des Verbotes etwa 30 Nachtlokale.

Vor allem wichtig sei, die Sicherstellung der noch vorhandenen Vorräte an Seife, Tee etc. Die Erfassung der Waren wie Petroleum, Licht, Salz, Kunstdünger etc. in Monopol mässigerweise könne am besten durch Konsumgenossenschaften erfolgen.

Nun erschien Landesbauernführer Körner. Er berichtete, dass die Belieferung Warschaus mit Lebensmitteln aus Lublin und Radom besser in Gang kommen müsse. Bisher sei Warschau in dieser Hinsicht von Posen beliefert worden. Fünf Tausend Tonnen Getreide würden jetzt nach Warschau geliefert, wovon 15.000 bereits unterwegs seien. 20 % des Getreides seien im Gouvernement durch die militärischen Handlungen vernichtet. An Fleisch und ähnlichem fehle es auch. Es solle jedoch hier prinzipiell aus dem Reic nichts zugeführt werden. Bis zur nächsten Ernte soll im wesentlichen die polnischem Bevölkerung nur mit nur mit genügend Getreide und Kartoffeln versorgt werden. Der Wiederaufbau dem Viehbestandes dürfte etwa 3-4 Jahre dauern. Die Getreidepreise sollten in einer Höhe von 25 - 30 % über denjenigen am 1.September 1939 gehalten werden. Diese Preise seien für die Bauern genügend. Abends 8 Uhr Abendessen in Anwesenheit des Stadtkommandanten.

H3293 – 0013

18.11. 8 Uhr Abfahrt vom Hotel Europejski in Warschau zu einer Besichtigungsfahrt innerhalb des Distriktes Warschau unter Teilnahme von Gouverneur Dr. Fischer. Besichtigung der zerstörten Brücken über den Bug bei Wyszkow, sodann Weiterfahrt über Lochow nach Ostrow.

In Ostrow Besuch bei Landrat von B ö h n a u, der Reichsminister Dr. Seyß-Inquart von seiner Arbeit berichtet. Besondere Schwierigkeiten sieht Böhnau darin, daß die Verwaltungstrupps der Wahrmacht in allernächster Zeit abberufen werden. Die Landräte haben sich auf diese Einheiten wesentlich gestützt. Nach ihrem Weggang wird es ihnen stark an Arbeitskräften mangeln.

In der Ostrower Gegend seien auch besondere Ernährungsschwierigkeiten zu verzeichnen, weil die Gegend auf deren Landwirtschaft sich die Versorgung Ostrows stützte, zu den Russen gekommen sei. Es ginge die Rede davon, daß hier die Russen noch 5km zurückgehen würden.

Ein besonderer Mißstand sei auch die wegen Mangels an Polizeikräften schlecht bewachte Grenze, die ein dauerndes unkontrolliertes Hin- und Herlaufen und erhebliche Vermögensverschleppungen namentlich durch die Juden ermögliche.

Nach Ostrow wurde das Flüchtlingslager M a l k i n i a besucht in dem sich jedoch zur Zeit keine Flüchtlinge befanden. Es wurde berichtet, daß über die dortige Grenze bisher etwa 10000 Volksdeutsche herübergekommen seien. Vielfach handle es sich dabei um verschleppte Deutsche aus Posen und Westpreußen. Ins Auge fiel bei der Grenze die zahlreichen Juden und ähnliches Gesindel, das sich auf den etwa 200 m Niemandsland zwischen dem deutschen und dem russischen Grenzposten befanden und die darauf warteten in der Dunkelheit auf russisches Gebiet übertreten zu können. Vielfach sollen die Russen derartige

A 095462 Flüchtlinge

H3293 – 0014

Flüchtlinge selbst nach einigen Tagen noch zurückbringen. In den letzten Tagen sind 150 Zöllner eingetroffen, die in diesem Abschnitt eingesetzt werden. Wesentlich wäre vor allem, daß bei Weggang des Verwaltungstrupps der Wehrmacht rechtzeitig Ersatz gestellt wird.

Der Polizeioffizier berichtete, daß bei der Festlegung der Interessengrenze die russischen Offiziere einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hätten und bedeutend besser instruiert gewesen seien als die deutschen.

Nach einem Mittagessen beim Landrat von Böhnau in Ostrow wurde 14 Uhr die Fahrt über Siedlce, Sokolow nach Biala-Podlaska angetreten, woselbst beim dortigen Einsatzkommando des Sicherheitsdienstes übernachtet wurde.

Am 19.11. 1/2 8 Uhr Abfahrt in Richtung Brest-Litowsk zur Buggrenze. Die Fahrt ging am Flugplatz Terespol vorbei, wo man zahlreiche durch deutsche Bomber zerstörte Flugzeuge sehen konnte. Das Gelände ist dort teilweise sumpfiger, die Ortschaften machen einen gewissen russischen Eindruck. Nachmittag Weiterfahrt von Biala über Radzyn, Lubartow nach Lublin. Unterwegs Mittagessen beim Führer der 213.Division Generalmajor von C o u r b i è r e.

19 Uhr Ankunft in Lublin Empfang durch den Gouverneur SS-Brigadeführer S c h m i d t im Haus der Stadtverwaltung wo die Landräte, die Abteilungsleiter und die Polizeiführer beim Distriktschef versammelt waren.

SS-Brigadeführer Schmidt begrüßte den Reichsminister „Im östlichsten Winkel des deutschen Interessengebietes". Dr.Seyß-Inquart übermittelte, nachdem er sich die Mitarbeiter des Gouverneurs hatte vorstellen lassen, die Grüße des Generalgouverneurs, dessen bevorstehenden Besuch in Lublin er ankündigte.

095463

Er

H3293 - 0015

2278-PS

Er machte sodann Ausführungen über die Grundsätze, nach denen die Verwaltung im Gouvernement geführt werden müsse. Diese Verwaltung erfordere vor allem das Durchhalten aus eigenen Kräften ohne grosse Belastung des Reichs. Dies sei namentlich durch feste Kameradschaft der hier auf Posten stehenden Männer zu erreichen. Die Schätze und die Bewohner dieses Landes müssten für das Reich nutzbar gemacht werden und könnten nur in diesem Rahmen ihr Fortkommen finden. Ein eigener politischer Gedanke dürfe sich nicht mehr entwickeln. Der Weichselraum sei vielleicht für das Deutschtum noch schicksalhafter wie der Rhein. Den Kreishauptleuten rief der Minister dann als Leitsatz zu: Wir fördern alles, was dem Reiche nützt und unterbinden alles, was dem Reiche schaden kann. Dr. Seyss-Inquart sagte dann noch , dass der Generalgouverneur wünsche, dass die Männer, die hier eine Reichsaufgabe erfüllten, eine ihrer Verantwortung und ihren Leistungen entsprechende materielle Stellung erhielten.

Reichsminister Dr. Seyss-Inquart berührte dann noch die Frage des Ukrainertums, dem ein gewisses kulturelles Eigenleben zugestanden werden könne, das aber niemals zu einer Irredentabewegung führen dürfe. Schliesslich forderte Dr. Seyss-Inquart die Kreishauptleute auf, mit ihren Sorgen und Fragen jederzeit zum Gouverneur zu kommen, damit dieser mit ihnen

H3293 – 0016

mit ihnen die beste Lösung finden könne.

Distriktschef Schmidt erwiderte, dass diese politischen Richtlinien auch in der gegenwärtigen Arbeitstagung herausgearbeitet worden seien. Persönlichkeit sei für die vorliegenden Aufgaben notwendiger als die Kenntnisse, die in einer geordneten Verwaltung vonnöten sind. Der Raum des Distrikts Lublin erfordere eine besondere Betrachtung, denn im Zuge der Umsiedlung werde er ein Sammelbecken für Deutsche, die in Deutschland keine Lebensmöglichkeit mehr haben dürfen, und für so-nstige destruktive Elemente. Hier müsse mit eiserner Härte durchgegriffen werden. Es wäre gut, wenn der Generalgouverneur sich in die besonderen Verhältnisse dieses Raumes persönlich Einblick verschaffen könnte. Hier würde auch eine Garde von Mitarbeitern herangebildet, die wertvollste Arbeit in deutscher Ostpolitik leistet.

Das Abendessen wurde bei SS-Sturmbannführer Hasselberger, bei dem auch übernachtet wurde, eingenommen. (Bis zum Eintreffen des Brigadeführers Globocznik, polizeilicher Mitarbeiter des Distriktschefs).

Hasselberger meinte auf Anfragen, des Ministers Dr. Seyss-Inquart, er halte den (volksdeutschen) Selbstschutz für eine Belastung. Die Ukrainer als Hilfspolizei zu organisieren, halte er nicht für möglich.

H3293 – 0017

20.11.1939. 9

8 1/2 Uhr Stadtbesichtigung Lublin, Universität, Krakauer Tor und den von Deutschen erbauten Stadtteil Alt-Lublin sowie das Gefängnis. Anschliessend Besprechung beim Distriktschef. Zunächst wurden Fragen der Kreiseinteilung und der personellen Ausstattung der Ämter der Kreishauptleute besprochen. Auch hier stand wieder der Personalmangel an erster Stelle. Namentlich werden nach Herausziehung des Baubattaillons die Landräte ohne Polizei und ohne Bürohilfe nur mit zwei Gendarmen als Hilfskräfte dastehen. Dr. Seyss-Inquart schnitt auch hier die Frage an, welche Aufgaben die deutsche Verwaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich übernehmen solle. Zur Frage des Aufbaues der Ämter der Kreishauptleute wurde von vielen Kreishauptleuten ein Vertreter (Assessor) als notwendig erachtet. Weiter wären nötig Schreibkräfte und Dolmetscher. Bei den Verwaltungstrupps der Wehrmacht seien Leute, die gegebenenfalls bereit wären, als Angestellte dazubleiben. Die Wehrmacht sei auch nicht abgeneigt, gewisse Leute, z.B. als Treuhänder für landwirtschaftliche Güter u.ä. abzugeben. Auch einzelne Lehrer, die dringend für die Schulen gebraucht würden, könnten so erhalten werden. An Kraftwagen würde es ebenfalls nach Weggang der Verwaltungstrupps mangeln, da diese oft ihre eigenen Wagen mitgebracht hätten.

Gouverneur Schmidt hat gehört, dass das Benzin im Gouvernement in das Reichssyndikat einbezogen werden soll. Das Benzin

H3293 – 0018

Benzin ist hier um 8 Pfg. teurer wie im Reich. Daher ~~gelten~~ müssen auf die deutschen Tankhefte noch 8 Pfg. dazu-bezahlt werden, die dem Gouvernement zur Last fallen.

Sodann wurden Fragen über den allgemeinen Aufbau des Amtes des Distriktschefs in Lublin besprochen. Hinsichtlich der Steuern war festzustellen, dass die Finanzämter 80% der polnischen Finanzbeamten wieder angestellt hatten, Die draussen im Lande vielfach die Steuern allein verwalten sollten. Jetzt sollen zur Überwachung dieser Stellen Inspektoren eingesetzt werden. Der Kresihauptmann soll die Aufsicht über die Finanzämter führen.

Die Arbeit des Amtes des Distriktschefs wird stark durch die noch fehlenden Sachbearbeiter verzögert. Teilweise habe man auch keine Kontrolle über die Arbeit der schon Eingetroffenen. So sei der Veterinär W i e r e nach Krakau gefahren und habe angegeben, er müsse dort das wolhynische Vieh betreuen.

Reichsminister Seyss-Inquart machte die Anregung, man solle als Hilfskräfte für die Verwaltung im Generalgouvernement Junker von den Ordensburgen anfordern. Dies sei eine ausgezeichnete Schule für diese. Neben höheren Beamten fehlen dem Distriktschef noch ein Amtmann, vier Inspektoren und eine grössere Anzahl von Schreibkräften und Schreibmaschinen.

Benzin benötige das Amt des Distriktschefs 10 000 Liter pro Monat

09546

pro Monat und jedes Landratsamt 2 ooo Liter.

Einer der allerstärksten Misstände sei jedoch die schlechte Nachrichtenverbindung. Mit dem Telefon bekomme man kaum je nach Krakau eine Verbindung, auch mit der Postbestellung liege es im Argen. Bisher seien weder Schreiben noch Verordnungen ~~ed~~ noch auch Antworten auf an Krakau gerichtete Schreiben eingegangen. Die Einrichtung eines Fernschreibers sei dringend notwendig. Vor allem aber müsse auch das Telefon oder eine Polizeinachrichtenverbindung von Lublin nach den Grenzkreisen funktionieren.

Hinsichtlich der notwendigen Stärke der den Landräten zur Verfügung zu stellenden Polizei erschienen Gouverneur Schmidt 25 je Kreishauptmann zu wenig.

Nachmittags wurde eine Besichtigungsfahrt nach Wlodawa, ~~Cholm Chybow~~, Cycow angetreten. Cycow ist ein volksdeutsches Dorf. Ca. 3oo ooo Volksdeutsche, die einen sehr schlechten Eindruck machten, waren an der Strasse versammelt und sangen unter Leitung des volksdeutschen Wanderlehrers Lindner, der dort Führer der Volksdeutschen ist, die Lieder der Nation. Reichsminister Dr. Seyss-Inquart hielt eine Ansprache, in der er u.a. ausführte, dass die Treue dieser Deutschen zu ihrem Volkstum nun durch die Stärke Adolf Hitlers ihre Rechtfertigung und Belohnung gefunden habe.

Dieses Gebiet mit seinem stark sumpfigen Charakter könnte nach den Erwägungen des Distriktsgouverneurs Schmidt als Judenreservat dienen, welche Massnahme womöglich eine

starke

A 095468

H3293 – 0019

227525

starke Dezimierung der Juden herbeiführen könnte.

Im Gouvernement Lublin sollen 35 000 Volksdeutsche wohnen. Bezüglich der Schulfrage hat der Landrat Kalmus in Cycow die Ansicht vertreten, er zahle überhaupt keine Lehrergehälter an die polnischen Lehrer, da die Polen in seinem Bezirk gegenüber den Juden eine Minderheit darstellten.

Abends Essen und Übernachtung beim Stadtkommissar Hagerer in Chelm.

21.11.1939.

8 Uhr Stadtbesichtigung und Besichtigung des Lagers für die volksdeutschen Flüchtlinge. Für diesen Zweck wurde ein grosses neuerbautes Haus der polnischen Eisenbahn sichergestellt, das jedoch noch nicht bezugsfertig ist, da namentlich die Heizung wegen des Fehlens von Teilen, die in Lublin nicht beschaffbar sind, nicht in Gang gebracht werden kann.

Anschliessend Fahrt zur berühmten Kathedrale von Chelm, die früher eine goldene Kuppel hatte. Darnach Abfahrt nach Hrubieszow, in dessen Nähe man schon schöne ukrainische Siedlungen gegenüber den elenden polnischen Hütten findet. Auch der Boden ist besser.

Auch hier wurde die Buggrenze bei Uszilug besucht. Auch hier sollen von den Juden wegen der mangelhaften Grenzbewachung

A095469

H3293 – 0020

2278-PS

bewachung grosse Werte verschleppt worden sein. In dieser Gegend befindet sich auch der beste Weizenboden Polens. Vor einiger Zeit wurden an dieser Stelle viertausend Flüchtlinge von russischer Seite übernommen. Es stehen aber noch Tausende über der Grenze, von denen, da sie weder Unterkunft noch Nahrung erhalten, zahlreiche sterben. Dr. Seyss-Inquart gab die Anweisung, man könne die Flüchtlinge herüberlassen, wenn von ihnen selbst Massnahmen getroffen würden, die verbürgten, dass nur Volksdeutsche in das Gebiet des Gouvernements kämen.

In diesem Kreis haben nach dem Bericht des Kreishauptmanns die Ukrainer versucht, eine Selbstverwaltung gegen oder ohne die deutsche Verwaltung aufzuziehen. Der Kreishauptmann bemängelte ferner, dass die Reichskreditkasse keinen Kredit gebe, der für die Ingangsetzung einer Zuckerfabrik, die die geernteten Zuckerrübenmengen verarbeiten soll, zur Verfügung notwendig ist. Anschliessend führte die Reise über Zamost, Tomaszow bis zur Grenze bei Belzek. Dort befindet sich ein Flüchtlingslager mit Juden. Der dortige Stabsarzt befürchtet, dass in dem Lager eine Seuche ausbricht, die dann die ganze Gegend gefährdet. Die Russen schicken diese jüdischen Flüchtlinge, die über die grüne Grenze hinübergekommen sind, oft noch nach Tagen zurück.

Weiter wird in dieser Gegend der Pferdemusterung durch die Wehrmacht mit grosser Sorge entgegengesehen. Diese Musterung stelle die Feldbestellung in Frage.

Gouverneur

A 095470

H3293 - 0021

H3293 – 0022

2278-PS

Gouverneur Schmidt berichtete noch, dass in seinem Distrikt die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht schlecht sei. Generalleutnant Büchs, Lublin, Wien, mache der Gouvernementsverwaltung und der Polizei alle erdenklichen Schwierigkeiten. Abends Essen und Übernachtung bei Sturmbannführer Hasselberger.

22.11.1939.

Abfahrt nach Radom.

In Radom Empfang durch Distriktschef Dr. Lasch. Dieser berichtete, er habe ~~die Dienststelle~~ in Radom bei seiner Ankunft sehr unerfreuliche Zustände vorgefunden. Sein Vorgänger, der Regierungspräsident Rüdiger, habe sich in starken Gegensatz zur Wehrmacht gesetzt, und Dr. Lasch habe erst hier ein besseres Einvernehmen herbeiführen müssen. Dr. Lasch stellte dem Reichsminister den SS-Oberführer Katzmann als höheren SS- und Polizeiführer beim Distriktschef Radom vor. Es meldete sich auch der für diese Stelle in Lublin vorgesehene und gerade auf der Durchreise befindliche Brigadeführer Lobocznik bei Dr. Seyss-Inquart.

Dr. Seyss-Inquart und Dr. Lasch erörterten nun den Plan, zur Abhilfe für die schlechte Verbindung Krakau - Lublin und Krakau-Warschau in Radom eine Kurierzentrale einzurichten, wonach die Post für sämtliche drei nördlichen Distrikte von Krakau in fünf Stunden mit der Bahn nach Radom gebracht werden solle, von wo sie je nach Wetter mit einem NSKK-Kurier oder anderweit an die Bestimmungsorte gebracht werden solle.

H3293 – 0023

werden sollen. Das gleiche Verfahren wäre für den umgekehrten Weg anzuwenden. Die Stelle solle etwa heissen: "Kurierstelle des Generalgouverneurs in Radom".

Sodann erstattete Dr. Lasch Bericht über die bereits geleistete und die noch zu leistende Aufbauarbeit. Auch hier traten Personalmangel und Transportschwierigkeiten besonders hervor. Im Distrikt Radom soll sich auch die polnische Schwadron noch herumtreiben. Es soll sich dabei um Leute handeln, die tagsüber in Zivil ihrer Beschäftigung nachgehen und nachts in Uniform ihr Unwesen treiben. Eine Aktion der Wehrmacht soll erfolglos verlaufen sein. Dr. Lasch erläuterte dann anhand einer dem Reichsminister übergebenen Karte die Zusammenlegung von bisher 16 Kreisen auf 10. Den von Gouverneur Dr. Fischer geäusserten Wünschen auf Abgabe von einigen Gemeinden an der nördlichen Distriktsgrenze will Dr. Lasch nicht nachkommen, da es sich hier um die fruchtbarsten des als Ganzes ein Zuschussgebiet darstellenden Distrikts handle.

Bezüglich der Wirtschaft wurde berichtet, dass die Kanonen- und Eisenwerke in Sochtachachowitsche schon von den Hermann Göring-Werken übernommen worden seien. Es müsse aber dafür gesorgt werden, dass die gesamte Wirtschaft, und nicht nur die Wehrwirtschaft wieder in Gang komme. Dazu sei namentlich notwendig, dass nicht wie bisher die Arbeitslosenunterstützung 7 Zloty und der Arbeitslohn 8 Zloty betrage. Diese Spanne biete keinen genügenden Anreiz, sich durch

Arbeit

H3293 – 0024

2278-PS

Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen.

Der Gouverneur benötigt dringend Sachbearbeiter und anderes Personal. Besonders dringend werden ein Medizinalbeamter benötigt. Im ganzen Distrikt gebe es keinen deutschen Arzt. Es seien schon Seuchen wie Typhus und Ruhr vereinzelt ausgebrochen.

Notwendig sei auch ein Mann für Presse und Propaganda. Im Distrikt bestünden 8 polnische Zeitungen, die Betreuung werde durch die Kreishauptleute durchgeführt, doch sei hierdurch keine gründliche Überprüfung ~~notwendig~~.möglich. Der Distriktschef äusserte hierauf die Absicht, in nächster Zeit ein genaues Verzeichnis des anzufordernden Personals in Krakau einzureichen.

Der Gouverneur berichtete sodann über den Aufbau seines Amtes, das in 7 Abteilungen gegliedert ist:

1. die innere Abteilung:
   Aufsicht über die Kreishauptleute, Oberaufsicht über die polnische Verwaltung, Justiz, Schulwesen, Veterinärwesen, Medizinalwesen und allgemeine Angelegenheiten.
2. Abteilung Forsten und Jagden:
   Sicherung der Wälder und des ~~Sumpf~~Wild bestandes, Überwachung der gesamten Holzwirtschaft, die hier von besonderer Bedeutung sei.
3. Abteilung Wirtschaft:
   Industrie, Handel, Handwerk, Preisbildung, gewerbliche Marktordnung, Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Vierjahresplanes und der Wehrwirtschaftsinspektion.

Abteilung

A 095473

H3293 – 0025

2278-PS

4. Abteilung Verkehr:
Strassenwesen, Eisenbahnwesen, Post, Wasserstrassen (soll die Weichsel reguliert werden?), Regulierung der Biliecza, die Grenze zwischen den Bezirken Radom und Warschau, die sich sehr günstig für den Ertrag der Landwirtschaft auswirken können.

5. Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft:
Der Distrikt ist ein landwirtschaftliches Zuschussgebiet. Der Anbau ist deshalb zu intensivieren. Dazu sei eine gute landwirtschaftliche Organisation notwendig. Die Behebung der Ernährungsschwierigkeiten in diesem Winter sei grossenteils eine Transportfrage. Es gebe noch in manchen Gebieten Korn, aber dies müsse ausgedroschen werden. Für den Betrieb der Dreschmaschinen seien aber keine Kohlen vorhanden. Das Salzbergwerk Wiliczka liefere Salz nur gegen Naturalien, das sei aber nicht zulässig.

6. Abteilung Finanzen:
Einnahmen und Ausgaben.

Bezüglich der Justiz bemerkte der Gouverneur, es werde zuviel zu Gefängnis und Zuchthausstrafen verurteilt, das den Distrikt nur mit Kosten belaste. Die in den Zuchthäusern vorgefundenen Schwerverbrecher seien erschossen worden. Die Erschiessungen würden aber nicht ~~nur~~ mehr öffentlich, sondern in abgesperrten Waldgebieten vorgenommen.

095471

H3293 – 0026

nommen.

Die Intelligenz sei zum grossen Teil eingesperrt worden, doch sei hier Vorsicht am Platze, da man die Mitarbeit dieser Leute nicht entbehren könne, namentlich bei den Ärzten sei Vorsicht am Platze, da man sie zur Gesunderhaltung der Bevölkerung benötige und sie ja auch die Deutschen vielfach mitbetreuen müssten. Er bittet, der Generalgouverneur möge doch anordnen, dass bei der Verhaftung von Ärzten vorsichtig und zurückhaltend verfahren werden. Hinsichtlich der polnischen Gerichtsbarkeit schlug der Distriktschef einen Aufbau in drei Rechtszügen vor:

1. Burggericht,
2. Bezirksgericht,
3. Kassationsgericht.

Es wurde dann noch die Frage erörtert, in wessen Namen Urteile verkündet werden sollten und ob die polnischen Behörden irgendein Dienstsiegel führen sollten.

Hinsichtlich des kommunalen Aufbaus wurde erwogen, polnische Staroste einzusetzen, die als Beauftragte des Kreishauptmanns mit dem Sitz an dessen Amtssitz Teile des Kreises bearbeiten sollten.

In Radom und Czenstochau seien polnische Bürgermeister und auch in den den Kreisen unterstehenden Städten würden solche eingesetzt. Reichsminister Dr. Seyss-Inquart bemerkte,

2278-PS

H3293 – 0027

bemerkte, dass diesen aber Beauftragte des Kreishauptmannes zugeordnet werden müssten.

Dr. Lasch bemerkte ferner, er habe die Absicht, die Gemeinden für die Inordnungbringung von Strassen und anderen Leistungen, die im Wege der Arbeitspflicht oder des Arbeitszwanges durchgeführt würden, etwas bezahlen zu lassen, da ja auch dem Distrikt aus diesen Arbeiten Kosten erwüchsen. Auch die Löhne für die freie Arbeit müssten für das ganze Generalgouvernement einheitlich festgesetzt werden, da sonst unerwünschte Wanderungen der Arbeiter zum höchsten Lohn stattfinden würden.

Auch hier wurde die Frage der Monopolisierung wichtiger Austauschwaren zur Erlangung der landwirtschaftlichen Produkte erörtert.

Dr. Lasch äusserte dann, dass es nicht angängig sei, dass aller Schrott ins Reich abtransportiert würde. Auch im Gouvernement würde für die vorhandenen Hüttenwerke Schrott benötigt.

Dr. Lasch berichtete dann noch, dass bei ihm der Antrag eingegangen sei, 5 000 Facharbeiter ins Reich zu schicken.

Hinsichtlich der polnischen Polizei wurde die Ansicht geäussert, dass eine bescheidene Bewaffnung durchführbar und notwendig sei. Auch die Förster müssten wenigstens

eine

095476

H3293 - 0028

eine Schrotflinte haben, um sich der Holzdiebe und der Bauern zu erwehren.

Wenn ein volksdeutscher Selbstschutz aufgestellt werde, so müsse eine sorgfältige Ausmusterung und kasernenmässige Ausildung der dafür vorgesehenen Leute stattfinden. Die Ukrainer sollen sich nach den Informationen Dr. Laschs gut als Polizisten eignen.

Dr. Lasch warf die Frage auf, was mit den zerstörten Dörfern geschehen solle.

Das Steuersystem könne im wesentlichen noch aus indirekten Steuern und Kontributionen, die den Gemeinden auferlegt würden, bestehen. Eine Kontribution von 6 Millionen Zloty sei den Juden im Distrikt Radom auferlegt worden.

Im Distrikt Radom werde auch eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft gegründet, die den gesamten jüdischen Zwischenhandel ausschalten solle.

Reichsminister Dr. Seyss-Inquart sprach dann von der vorgesehenen Regelung, wonach das Gouvernement aus dem Reich kein Benzin mehr bekommen solle und auf die Produktion von Jaslo und Krosno verwiesen werden solle, wonach sich der Verbrauch aber nach Reichsgrundsätzen bestimmen solle. In diesem Zusammenhange werde auch von der Errichtung einer Vertriebsorganisation gesprochen.

Dr. Lasch

H3293 – 0029

2278-PS

Dr. Lasch berichtete dann, wie auch Brigadeführer Schmidt, von der Absicht der Wehrmacht, 54 000 Pferde zu beschlagnahmen. Zwei im Distrikt gelegene Gestüte habe er daraufhin als Distriktsgestüte erklärt. Dr. Seyss-Inquart wies darauf hin, dass das Vermögen des polnischen Staates durch Verordnung beschlagnahmt und daher dem Zugriff der Wehrmacht entzogen sei. Schliesslich sprach Dr. Seyss-Inquart noch von dem Plan, nach einiger Zeit der Entwicklung ~~in~~ und Klärung eine allgemeine Verwaltungsordnung für das Generalgouvernement herauszugeben.

Krakau, den 22. November 1939.

A 095473

H3293-0029A

2278-BS

EXHIBIT-USA 706 2278-PS

IT-3293

EXHIBIT-USA

706

2278-PS

A 095451

H3293 – 0030

H3293-0031

26 Pages

369

H3293-0032

EXHIBIT-USA 706 2278-PS